Jour fixe vom 02.11.26 – Fortsetzung „Das 5. Jahr Ukraine-Krieg: Die Ukraine wird Teil Europas – Europa wird zum Kriegsbündnis“ (GS 3-26)

Nachträge zum letzten Mal

— Im Protokoll zum letzten Mal heißt es (S. 2): Trump „weiß offenkundig mit potenten europäischen Staaten durchaus etwas anzufangen.“ Das bezieht sich auf seine Nötigung der Europäer, ihre Rüstungsanstrengungen zu verdoppeln. Was *kann er damit anfangen? Sicher ist die Mobilisierung von europäischem Kredit für ihre Aufrüstung für den Finanzsektor auch in Amerika interessant. Auch kommt es der amerikanischen Rüstungsindustrie zugute, wenn die Europäer dort einkaufen. Aber will Trump tatsächlich gestärkte militärische Potenzen der EU-Staaten? Die Aufrüstung Europas und den Ukraine-Krieg sieht er doch kritisch.*

Das ist so nicht richtig: Trump betrachtet die Europäer durchaus als NATO-Partner, die er seit Jahren zu höheren Militärausgaben nötigt. Als solche sollen sie starke Europäer sein, die im Sinne der USA und im Rahmen der NATO die europäische Front kontrollieren, nicht einfach nur nützliche Wirtschaftsmächte. Dass sie dafür in Amerika Waffen kaufen, stimmt, aber das ist nicht der Grund, warum Trump ihre Aufrüstung gutheißt. Die großen europäischen Staaten sollen sich im positiven Sinn als potente Militärmächte in Europa aufstellen und bewähren – als potente Unterabteilung der US-Beherrschung der Welt.

— Das ist auch Inhalt der neuen amerikanischen Verteidigungsstrategie: Die Europäer sollen sich in der NATO aufrüsten, um das amerikanische „Gleichzeitigkeitsproblem“ zu lösen. Die Lösung besteht darin, dass zur Aufsicht und Durchsetzung der amerikanischen Vorherrschaft auf der Welt durchaus auch mal drei Kriege gleichzeitig führbar sein sollen, an so unterschiedlichen Fronten wie gegen China, Russland und Iran. Die Russlandfront, das In-Schach-Halten Russlands soll Sache der Europäer sein. Auch wenn Trump Russland nicht als gleichrangigen Gegner sieht, muss es als potente Atommacht daran gehindert werden, sich im Ernstfall mit China – dem Hauptgegner – zu verbünden. Er weist den Europäern also Aufgaben in der NATO zu – und ist entsprechend entrüstet, wenn sie sich weigern, wie z.B. im Iran-Krieg.

— Gerade beim Iran-Krieg hat sich doch Trump beschwert, dass die Europäer nicht wie gewünscht ihren Hilfsdiensten nachkommen, weshalb diese umgekehrt befürchten, dass er auch ohne die NATO seine imperialistische Politik vorantreibt. Trump missbilligt außerdem die deutsche Forcierung des Ukraine-Kriegs. Dazu steht doch im Widerspruch, dass er sich mit potenten Europäern eine Art Aufgabenteilung vorstellen könne.

Die Frage ist doch, wie dieses widersprüchliche Verhältnis zwischen den USA und Europa ausschaut. Schaut man sich den Ukraine-Krieg an: Da wiederholt Trump dauernd, der Krieg müsse beendet werden, zugleich kommt aber auch für ihn ein Vormarsch der Russen nicht in Frage. Trumps Forderung nach einem Ende dieses Krieges ist kein Einspruch gegen das Zurückdrängen der Russen an der europäischen Front. In der oben zitierten Verteidigungsstrategie kommen die Europäer so vor, dass sie in der Lage sein sollen, Russland von einem Angriff auf Europa abzuschrecken.

— Trump verkauft den Europäern schließlich auch die Waffen, die sie an die Ukraine liefern und ohne die Daten des US-Starshield – über dessen Einsatz in letzter Instanz der US-Präsident entscheidet – kann die Ukraine den Krieg nicht führen.

— Auf der anderen Seite bekommt die Ukraine die geforderten Patriot-Systeme jetzt erst in etlichen Jahren, wo sie sie doch jetzt dringend braucht – und kaufen müssen die auch die Europäer.

Der MAGA-Standpunkt gegenüber den Europäern oder dem Ukraine-Krieg ist kein Entweder-Oder in dem Sinn, dass die USA entweder Europa und die Ukraine voll und ganz unterstützen oder gar nicht mehr. Man sieht doch gerade, wie die US-Regierung *sowohl* einen Frieden herbeizuerpressen versucht – auch mal durch Zurückhalten von Waffen oder Unterbrechung der Satellitenaufklärung für die Ukraine –, *als auch* den Krieg mit ihrer

sachlichen Unterstützung – gerne gegen europäisches Geld – weiter befeuert. Letzteres soll Russland auf dem Schlachtfeld weiter zermürben und dadurch „friedenswilliger“ machen. Auch tragen die Amerikaner bei weitem nicht jede Eskalation der Europäer mit. Aber warum sollte das ein Einwand gegen deren Aufrüstung zu potenten Nationen und deren Anliegen, Russland zu stoppen, sein?

— Es ist also auch im amerikanischem Sinn, dass Russlands militärische Potenzen verschlissen werden sollen?

Nur ist das kein gemeinsames Projekt der Europäer und der USA. Die Europäer wollen mehr erreichen, nämlich eine militärische Niederlage Russlands dergestalt, dass sich Russland Europa als Bestimmungsmacht auf dem Kontinent unterordnet. Diesen Zweck teilt Trump nicht. Das heißt umgekehrt aber überhaupt nicht, dass er etwas für einen russischen Sieg übrig hätte. Der Krieg hat zu enden und es sollen neu geregelte Machtverhältnisse in Europa herrschen, so dass dieser Kontinent einschließlich Russland für US-Interessen und -Zwecke benutzbar ist. Für die Zukunft haben die USA in ihrer Strategie, wie schon zitiert, auch eine Aufgabe für Europa vorgesehen: Es soll die konventionelle Abschreckung Russlands leisten und im Falle eines Mehrfrontenkrieges die Verantwortung für den europäischen Kontinent übernehmen können. So sollen sie die USA an andren Fronten entlasten.

Dass inzwischen die Europäer bei den US-Firmen die Waffen für die Ukraine kaufen (müssen), unterstellt übrigens in politischer Hinsicht eine Billigung des Gebrauchs dieser Waffen durch die US-Regierung. Schließlich dürfen amerikanische Rüstungsfirmen nicht jedem Staat, der Dollars hinlegt, Waffen verkaufen, das unterliegt strengstem Genehmigungsvorbehalt.

*

— Im Artikel ist die Rede von den enormen Fortschritten der ukrainischen Rüstungsindustrie, die Europa mit allen Mitteln unterstützt und benützen will. Solche öffentlichen Behauptungen diesbezüglich sind aber doch nicht die Wahrheit, sondern als Propaganda zu werten und sollen die russische Behauptung, Europa sei Kriegspartei, zurückweisen: Seht her, die Ukraine kann selbst ausreichend Waffen herstellen, sie ist auf unsere Unterstützung nicht angewiesen. Einerseits wird vermeldet, dass die Ukraine siegreich sei und deshalb noch weiter unterstützt werden müsse. Andererseits hat man von Angriffen auf deren Rüstungsindustrie – ein logisches Ziel – nichts gehört.

— Das entspricht nicht den Fakten. Die Ukraine hat jetzt das Know-how, Raketen wie die „Flamingos“ zu bauen, die 800/900 Kilometer weit nach Russland hineinreichen und dort erhebliche Schäden an Raffinerien, Flughäfen und sonstiger Infrastruktur anrichten. Vor einiger Zeit war noch zu befürchten, dass die ukrainische Front zusammenbricht und Europa diesen Stellvertreterkrieg nicht weiterführen kann. Jetzt ist die Ukraine dank europäischer Unterstützung weiterhin ein kampffähiges Kriegssubjekt. Das von Selenskyj zur Schau getragene Selbstbewusstsein hat diese materielle Grundlage.

— Die Ukraine hat es insoweit nicht nötig, solche Reklame zu machen. Und die Europäer haben beschlossen, die Ukraine als ihren Frontstaat weiter aufzurüsten und dort eine erfolgreiche Rüstungsproduktion in Kooperation mit Europa voranzubringen.

Außerdem werden die Produktionsstandorte der ukrainischen Rüstungsindustrie, weil sie natürlich Ziele für russische Angriffe wären, entsprechend unterirdisch versteckt, geheimgehalten und geschützt. Die Rüstungszusammenarbeit mit der europäischen etablierten Rüstungsindustrie, wie auch Start-Ups, ist in großem Umfang schon unterwegs. Im Rahmen von Drohnendeals werden gemeinsame Unternehmen aufgezogen, die hier wie dort produzieren.

— Die russische Seite hat mit der Veröffentlichung einer Liste von europäischen Angriffszielen klargemacht, dass sie weiß, wer die Ukraine in Wahrheit ausstattet und wer den Krieg wirklich am Laufen hält.

Dass die Ukraine auf westliche Unterstützung angewiesen ist, steht nicht im Gegensatz zu

ihren eigenen Fortschritten in der Rüstungsindustrie, die sie v.a. europäischer Unterstützung verdankt. Die Europäer behandeln sie als künftigen Bestandteil der Militärmacht Europa. Diese zweite Seite der Europäisierung des Krieges hat zum Ziel, dass die ukrainische Rüstungsproduktion wichtiger Bestandteil der europäischen Aufrüstung wird.

— Dieses Hinwirken der EU zu einem gemeinsamen ukrainisch-europäischen Aufwuchs ist letztlich ein Abstandnehmen von ihrem vorherigen Standpunkt, keine Kriegspartei zu sein. Aber die ukrainischen Rüstungsfähigkeiten reichen doch trotzdem nicht, um Russland zu besiegen.

— Mit der Europäisierung dieses Krieges ist nicht unbedingt bezweckt, dass Russland total besiegt wird. Den Europäern kommt es darauf an, sich mittels ihres Stellvertreters als zuständige Ordnungsmacht auf dem Kontinent durchzusetzen. So machen sich die großen europäischen Staaten in ihrer Koalition der Willigen zur Kriegspartei, aber den Krieg soll der Stellvertreter führen. Daran, dass der möglichst gut dafür ausgerüstet ist, wird mit Hochdruck gearbeitet.

Fortsetzung mit Punkt 2. „Deutsche Führung im europäischen Krieg“ (S. 32)

— Merz beansprucht die Führung Deutschlands als größte, wirtschaftlich stärkste und finanzmächtigste Nation Europas. Er verweist dabei auch auf die potente deutsche Rüstungsindustrie. Nach Trumps Absage des Krieges setzt sich Deutschland jetzt zumindest teilweise an die Stelle der USA als Führungsmacht.

— Deutschland treibt willentlich die Einhegung der russischen Macht voran. Diese soll sich dem europäischen Projekt der Beherrschung des Kontinents nicht mehr entgegenstellen können. Deutschland eskaliert und erhöht damit das Kriegsrisiko. Und es ist auch politisch die vorantreibende Macht.

— Merz bestätigte in der auf S. 33 zitierten Pressekonferenz im Mai letzten Jahres, dass Deutschland auch dann hinter der Ukraine steht, wenn sie Ziele mit weitreichenden Waffen in Russland angreift und damit russische rote Linien überschreitet.

Insofern unterstützt er eine Eskalation des Krieges auch mit deutscher Beteiligung. Und gibt dem Ukraine-Krieg dadurch eine neue Qualität. Als Finanzier der ukrainischen Produktion von weitreichenden Waffen legt Deutschland der Ukraine keine Einsatzbeschränkungen mehr auf, wie es sie vorher zumindest offiziell noch gab. Merz hebt auf der Pressekonferenz auch die Zusammenarbeit mit der Ukraine hervor. So macht sich Deutschland zur Partei des Krieges. Es ermöglicht die Eskalation und steht politisch dahinter. So wird die Ukraine als Stellvertreter *deutscher* Interessen definiert.

— Die von Merz verkündete politische Eskalation ist auf russischer Seite angekommen. Dafür stehen die Zitate (S. 34) von Peskov und Lawrow. Sie konstatieren, dass aus der militärischen Spezialoperation jetzt ein wirklicher Krieg geworden ist. Auch an der Drohung Lawrows lässt sich erkennen, dass Europa und Deutschland wirklich einen waghalsigen Übergang mit der Kriegsvorbereitung und der Unterstützung des Krieges gegen Russland gemacht haben.

*

— Zu dem Verhältnis Deutschlands zu anderen Europäern: Merz probiert in der EU im Grunde dasselbe wie Trump in der NATO, wenn er fordert, dass sich alle europäischen Staaten mit einem bestimmten Prozentsatz ihres Bruttosozialprodukts an den Kosten des Ukraine-Kriegs beteiligen sollen. So macht er die Finanzierungsfrage zu einer Sache deutscher Vorherrschaft. Dagegen gibt es Widerstand von den anderen europäischen Staaten, die zwar nicht gegen den Zweck sind, die Ukraine zu unterstützen, aber gegen die Höhe der Beteiligung und die Vorschriften von Seiten Deutschlands.

Deutschland verweist auf seine Verantwortung und seine bereits geleisteten Beiträge zur Unterstützung der Ukraine und leitet daraus seinen Anspruch und sein Recht ab, von den anderen eine entsprechende Lastenbeteiligung einzufordern.

— Wie sie das einfordern wollen und ob sie das überhaupt können, das ist dabei noch nicht klar.

Deutschland macht seine Finanzstärke zum Hebel, sich als Führungsmacht für die Eskalation des Ukraine-Kriegs in Stellung zu bringen. Natürlich funktioniert die Gefolgschaft der anderen Europäer deshalb noch nicht einfach auf deutsches Kommando, dafür muss die deutsche Politik einiges tun, erpressen und verhandeln usw. Mit Erfolg haben sie bereits die ständige Ausweitung der Finanzierung dieses Krieges durch die EU erreicht, an dem sich sogar Kanada und andere beteiligen. Deutschland kann also mit seinem Führungsanspruch durchaus Gefolgschaft mobilisieren, wenn auch vielleicht nicht in dem Maße, wie es das gerne hätte.

— Wie geht so eine Erpressung? Wie macht Deutschland seine Finanzstärke zum Hebel gegenüber den anderen europäischen Staaten?

Die Staaten innerhalb der EU haben unterschiedliche Interessen und Vorstellungen, wofür europäische Gelder verwendet werden sollen. Die Forderung der Verwendung bestimmter Haushaltsanteile für die Ukraine trifft auf Forderungen anderer Staaten z.B. nach Geldern für deren Flüchtlingsproblematik oder für Agrarsubventionen. Die Bewilligung dieser Gelder wird dann z.B. von ihrer Zustimmung zur Ausweitung der Unterstützung der Ukraine abhängig gemacht.

3. Die Integration eines Kriegsstaates in die EU (S. 35)

— Die EU strebt an, die Ukraine möglichst rasch zu einem Teil der EU zu machen und sieht dabei davon ab, dass das ein Land im Kriegszustand ist. Wenn man sich zurückerinnert: Der Ausgangspunkt Russlands für diesen Krieg war die immer weitere Ausdehnung von EU und NATO gen Osten.

Die Europäer schaffen hinsichtlich der Integration der Ukraine in Europa Fakten, die damit nicht mehr verhandelbar sind und machen sich zu deren Garanten. Das ist ihr Anspruch.

— Im Zitat auf S.35 heißt es: „Zugleich verschaffen sich die Führer Europas mit dieser zivilen Unterstellung der Ukraine unter die Regie der EU den Status von Rechtssubjekten, die in Hinblick auf den weiteren Verlauf des kriegerischen Konflikts, insbesondere in allen Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen, nicht mehr übergangen werden können, vielmehr als mitbestimmende Subjekte beteiligt sind.“ Das ist mit Sicherheit ein gewünschtes Ziel, aber das haben die Europäer doch gar nicht in der Hand.

Dass sie das nicht in der Hand haben, blamiert ihren Anspruch nicht. Faktisch impliziert die Aufnahme der Ukraine in die EU, dass die Ukraine nicht einfach mehr ein davon abgetrennter Nationalstaat ist, der souverän über seine Außenpolitik und seine innenpolitischen Anliegen verfügt. Mit der Einordnung in die EU findet auch die Unterordnung unter die EU und deren Zuständigkeit statt, gerade hinsichtlich der außenpolitischen Fragen oder in Fragen der Regelung der Nachkriegsverhältnisse. Die EU macht *sich* zum Rechtssubjekt: wenn die Ukraine Mitglied in der EU wird, tritt sie Zuständigkeiten an die EU ab. Das machen die EU-Staaten vorwegnehmend geltend, wenn sie Berücksichtigung bei bzw. Beteiligung an den Verhandlungen fordern, wenn Treffen zwischen Russland, den USA und der Ukraine geplant werden.

— Sie sind faktisch dabei, die Ukraine in die EU zu integrieren und damit dem russischen Einfluss zu entziehen. Wie das ausgeht, ist eine andere Frage. Sie haben beschlossen, dass die Ukraine schnellstens EU-Mitglied werden soll, auch wenn der Krieg mit unklarem Ausgang noch andauert.

Damit nehmen sie als Ergebnis des Krieges die Integration einer Ukraine als europäischer Front- und Militärstaat vorweg, und behandeln sie wie ein Quasi-EU-Mitglied.

— Trump steht auf den Standpunkt, dass es die Sache Amerikas ist, einen Friedensschluss zwischen der Ukraine und Russland zu vermitteln. Das fordert die Europäer heraus, sich als die Weltordnungsmacht auf dem europäischen Kontinent unübergehbar zu machen, indem sie ihren Rechtsanspruch auf die EU-Integration der Ukraine durch das Aufnahmeverfahren

institutionalisieren. Und sie schaffen Fakten mit der praktischen Unterstützung der Aufrüstung und der Rüstungsindustrie der Ukraine. Das reicht bis zu den immer wieder prolongieren Krediten für deren Haushalt, damit die ihr Volk unter Kriegsbedingungen halbwegs ernähren und gleichzeitig den Krieg aufrecht erhalten können. Die Europäer, insbesondere die Deutschen, stehen auf dem Standpunkt, die USA könnten gar nicht umhin, sie in diese Friedensverhandlungen einzubeziehen. Wenn Trump das ignoriert und seinen Friedensschluss auch gegen europäische Interessen präsentieren will, demonstriert er, wie weit Amerikas überlegene Macht reicht. Er torpediert damit den imperialistischen Anspruch der EU.

— Der ukrainische Staat befindet sich mitten im Krieg, hat einen völlig zerstörten Haushalt und fragwürdige innerstaatliche Rechtsbedingungen. Um ihn dennoch so schnell es geht zum Beitrittskandidaten zu machen, weicht die EU alle bisherigen EU-Beitrittsregelungen auf und erfindet einen Sonderstatus. Die Eingliederung der Ukraine in die rechtliche und ökonomische Front ist für Europa das Mittel, sie in ihr Kriegsbündnis zu bringen. Das ist deshalb so drängend, weil Europa hier nicht einfach als expandierende ökonomische Macht auftritt, sondern als strategische Macht gegen Russland – wofür es die Ukraine braucht.

— Dazu passt auch das Pochen von Merz auf „Artikel 42 Absatz 7 des Vertrags über die Europäische Union“ (S. 36), in dem es heißt, dass die EU eine Beistandspflicht und damit eine substantielle Sicherheitsgarantie gegenüber ihren Mitgliedern hat, der bislang aber so gar kein Gewicht hatte. In diese strategische Versicherung wollen sie die Ukraine einbinden.

Die EU macht hier ihren Anspruch geltend, die Ukraine als ihren strategischen Besitzstand festzuklopfen, und definiert sich dadurch neu: Aus dem gemeinsamen Wirtschaftsraum wird eine Staatengemeinschaft, die eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik betreibt und so was kennen will, wie eine wechselseitige Verpflichtung in Sicherheitsfragen. Das ist ein Fortschritt.

*

— Damit die Ukraine sich den Regulierungsinstrumenten der EU und deren Aufsicht unterwirft, wurde ihr (schon 2014!) eine Behörde ins Land gesetzt, die überwacht, ob der Staatshaushalt richtig verwaltet wird, die eingesetzten Personen entsprechend funktionieren usw.

— Das zeigt: Wenn die Ukraine wegen ihres Krieges gegen Russland im EU-Beitrittsverfahren eine Vorzugsbehandlung erfährt, ist das nicht gleichbedeutend damit, dass ihr besondere Freiheiten gewährt werden würden. Die EU sieht im Gegenteil einen umfassenden Kontrollbedarf hinsichtlich deren Personalentscheidungen, Finanzen und Steuerwwesen, der Bekämpfung der Korruption etc. Dieser Kontrollbedarf ist sogar umso wichtiger, je mehr Bevorzugung die Ukraine erfährt.

Anders gesagt: Wenn die Ukraine wegen ihres strategischen Wertes beschleunigt in die EU aufgenommen werden soll, dann ist klar, dass sie dort als Instrument Europas eingebaut werden soll, dass die EU also Kontrolle über dieses Instrument haben will. Wie das aktuell ausschaut, ist Gegenstand von Punkt 3. b).

— Hier ist zweierlei einschlägig: Erstens erfolgt die Finanzierung der Ukraine über Kredite der Unterstützerstaaten, wobei die Kreditgeber über die Verwendung der Gelder bestimmen und Aufsicht führen. Zweitens darf die europäische Aufsichtsbehörde NABU im Land überwachen, ob die Regierung und ihr Haushaltsgebaren den Vorgaben der EU entsprechen. Dort wurden schon Politiker abgestraft, die Gelder nach Auffassung der Behörde missbraucht haben. So gibt es in allen staatlichen Belangen Instrumente, um die Aufsicht praktisch herzustellen.

Normalerweise ist der EU-Integrationsprozess so gestaltet, dass es dem beitrittswilligen Staat weitgehend überlassen wird, sukzessive seine innenpolitischen Angelegenheiten EU-konform einzurichten und zu reformieren. Weil für die EU der ukrainische Staat von

strategischer Bedeutung ist, wird er von vornherein unter dem Kuratel der einschlägigen EU-Institutionen gestellt und alles dafür getan, seine Zurichtung im Innern zu erzwingen.

Geht man die einzelnen Abteilungen des Staates durch, zeigt sich, wie gravierend und weitgehend das Kontrollregime der EU ist. Es wird nicht einfach der Acquis Communautaire, das gemeinsame Rechtsgefüge der Europäischen Union, übernommen und bis in die hinterste Behörde hinein installiert wie bei bisherigen Beitrittskandidaten. Das ist natürlich auch vorgesehen, aber in der Ukraine stehen Personalentscheidungen höchsten Kalibers (auch Verteidigungsminister und Armeechef) unter dem Genehmigungsvorbehalt Europas. Die maßgeblich von der EU der Ukraine spendierten Haushaltsmittel werden an Bedingungen geknüpft, so dass die komplette Finanzierung dieses Staates genehmigungspflichtig ist und unter EU-Vorbehalt steht. Die Ukraine muss dazu jeweils ein detailliertes Konzept vorlegen, bevor überhaupt Finanzmittel fließen. Und der IWF, dessen Forderungen sich Europa anschließt, besteht darauf, erst alle im eigenen Land mobilisierbaren Finanzierungsquellen auszuschöpfen, bevor die externe Finanzierung erfolgt. Das geht nur mit lauter Zumutungen ans eigene Volk und stellt die Regierung vor das Problem, dass sie das Parlament zu den entsprechenden Gesetzgebungen „überreden" muss. Das für sich ist schon für eine ordentliche Regierungskrise gut, die der Präsident besonders deutlich zuspitzt: Entweder die Abgeordneten beschließen die Gesetze, die Selenskyj haben will, oder er schickt sie an die Front (Fußnote 17).

Die schon benannte Behörde zur Bekämpfung der Korruption (NABU) ist der andere große Bereich des Kontrollregimes. Immer wieder deckt sie prominente Korruptionsfälle im Bereich der Auftragsvergabe in der Energieversorgung und im Rüstungssektor auf und macht sie zum Gegenstand einer Strafverfolgung.

— Zu Fußnote 20: Der ehemalige ukrainische Verteidigungsminister argumentiert, er könne doch nicht um Preise feilschen, wenn es darum gehe, möglichst viele Waffen schnell an die Front zu bringen. Das ist gut nachvollziehbar. Die EU-Aufsicht lässt ihm das aber nicht durchgehen, verlangt eine ordentliche Abrechnung, um zu beurteilen, ob die Waffen vielleicht zu teuer waren oder Korruption im Spiel war. Die EU konterkariert mit diesem harten Durchgreifen ihren eigenen Kriegszweck.

— Das eine ist die Bestrafung der Personen, denen Korruption vorgeworfen wird. Das andere ist, wie die EU die militärische Ausstattung der Ukraine mittlerweile praktisch in die Hand nimmt, indem sie Rüstungsaufträge selber finanziert und die Firmen dafür aussucht. So regelt sie das am ukrainischen Staatshaushalt vorbei und verhindert damit, dass die ukrainische Regierung selbstständig entscheiden kann und dabei vielleicht Gelder in zu großer Höhe und an die falsche Stelle fließen. Die Versorgung durch die Europäer wird sehr effektiv geregelt – das ist ja Gegenstand von Punkt 2 –, indem sie z.B. die ukrainische Militärplattform im Informationsaustausch mit Militärs, Waffenproduzenten und Kampftruppen nutzen.

Erstens ist es schon ein handfester Widerspruch in der Sache, dass das Kontrollregime der EU in dem Fall den Kriegszweck der EU und die reibungslose Versorgung des Militärs des Stellvertreters konterkariert. Die in Punkt 2 benannten Beschaffungswege an den Funktionsträgern der Ukraine vorbei sind gerade eine Konsequenz daraus, wie sie den Widerspruch für sich besser handhabbar machen will. Ob die Versorgung dadurch effizienter wird, ist eine andere Frage. Die Kontrolle hält die EU aber weiterhin für absolut notwendig, denn die Ukrainer besorgen sich ja auch Waffen direkt am Weltmarkt über Mittelsmänner (S. 40 o.), was die EU an sich ja auch befürwortet. Das Kontrollregime hat aber weitere Auswirkungen: Da wird die Funktionsweise des Regierens, die Einheit von Volk und Führung, das Zusammenwirken von Parlament und Präsident etc. gründlich aufgebracht. Dass dieser Staat im europäischen Interesse funktioniert, soll das Kontrollregime sicherstellen. Das impliziert die Übergriffigkeiten gegenüber der Souveränität der Ukraine.

Für die EU ist diese Kontrolle essentiell, ist sie doch *ihr* – nicht gerade kleiner – Frontstaat. Diese von der EU praktizierte Souveränität über die Ukraine steht im Widerspruch zu dem, wie dieses Land bisher funktioniert und seinen Krieg führt.

— Zwischen EU und Ukraine besteht aber doch Einigkeit im Kriegszweck und darin, dass die effektivsten Mittel eingesetzt werden sollen. Der Unterschied liegt höchstens darin, dass die Ukraine immer noch mehr und noch bessere Waffen fordert und die Europäer es sich einteilen. Darin behindern sie vielleicht teilweise ihren eigenen Kriegszweck. Aber in der Forderung nach Effektivierung steckt doch kein Widerspruch, der irgendetwas schlechter laufen lässt als beabsichtigt.

— Was meint die EU mit Effektivierung? Im genannten Beispiel ging es nicht darum, welches Gewehr am besten trifft und deswegen gekauft wird, sondern dass das Rüstungsmaterial ausreicht für die Kriegsführung und der Nachschub des ständig verschossenen Gerätes gewährleistet ist. Wo der ehemalige Verteidigungsminister mit seinen Kriegsnotwendigkeiten argumentiert, frägt die EU nach: Gebraucht der Minister seine Macht korrekt oder missbraucht er sie, weil er zu viel für die Waffen ausgegeben hat?

Das Stichwort Effektivität benennt den von der EU angelegten Maßstab nicht richtig. Mit der Errichtung ihres Kontrollregimes machen die Europäer den Standpunkt geltend, dass auf jeder Ebene, bei den Finanzen, den Personalentscheidungen, den Rüstungsbestellungen etc., Entscheidungen getroffen werden sollen, die im Einklang mit den EU-Interessen stehen. Die Politiker auf ukrainischer Seite, die Rüstungsaufträge vergeben usw., entscheiden zunächst nach ihren Kriterien, die aber nicht unbedingt zusammenfallen mit denen der EU, die daher allem mit einem sehr generellen Korruptionsverdacht begegnet. Die Europäer lassen die Gründe und Abwägungen der ukrainischen Staatsführung für Maßnahmen z.B. zur Aufrechterhaltung der Energieversorgung oder zur Versorgung der Front mit Waffen nicht ohne Weiteres gelten. Das ist ein Eingriff in deren Souveränität.

— Und wenig überraschend ist, dass eine so gut ausgestattete Kontrollbehörde bei aller Kontrolle viel Korruption aufdeckt. Denn sämtliche ukrainische Unternehmen versuchen, von dem gestifteten westlichen Geld so viel wie möglich abzugreifen.

Wenn die Kreditgeber darauf beharren, dass ihre Finanzierung möglichst zweckgebunden für den Krieg ausgegeben werden muss und nichts in private Taschen wandern oder verschwendet werden darf. Die EU-Aufsicht überführt dabei jeden ihr nicht passenden Gebrauch der Mittel in eine Abweichung von der Selbstverpflichtung der ukrainischen Regierung, sich unter das europäische Recht zu beugen. Die Kontrollbehörde konstatiert Abweichungen von der europäischen Rechtsordnung, z.B. Geldverschwendung, und setzt das identisch mit Unwillen, Illegalität, Verbrechen, Korruption einzelner Funktionsträger. Daher sollte man das, was die NABU als Korruption definiert, nicht als objektiven Tatbestand nehmen.

— Ja, die Verurteilung von Vorgängen als Korruption unterstellt den Maßstab der EU und ihrer Behörde NABU, an dem sich vergangen wird. Auf S. 39 wird aufgezeigt, welcher Sachverhalt *dem zugrunde liegt, dass die NABU reichlich Korruptionsskandale diagnostiziert. Denn die Möglichkeiten, nach vier Jahren Krieg und Zerstörung Geld zu verdienen, beschränken sich im Prinzip darauf, am vom Westen gestifteten Staatshaushalt und dessen großen Posten Energieversorgung und Verteidigung zu partizipieren. Um von diesen Geldern zu profitieren, werden Firmen gegründet, Kontakte gepflegt, Gelder eingesetzt.*

Selenskyj steht dabei als alimentierter Stellvertreter der EU unter besonderer Aufsicht der NABU und unter Anfeindung im Innern des Landes. Er ist permanent damit befasst, seine Macht zu sichern. Was er dafür tut, wird seitens der NABU überprüft, ob es unter die Abteilung Korruption fällt. Ob das Machtmissbrauch oder in den Augen der Behörde ein zur Erhaltung des Gewaltmonopols nötiger Gebrauch seiner Befugnisse ist, obliegt der Entscheidung der NABU in Rücksprache mit der EU, früher auch mit der amerikanischen Botschaft. Ob man das dann inkriminieren will, hängt schließlich davon ab, ob man diesen

Führer und Kriegsherrn – abhängig von den eigenen Zwecken – noch unterstützen will. Zuletzt war der Druck so groß, dass Selenskyj seinen Stellvertreter den Regeln der EU geopfert hat.

— *Es ist eben immer eine* politische *Entscheidung, ob etwas als Korruption definiert wird. Bei jeder Entscheidung der NABU, wann es sich um Korruption handelt, d. h. um einen Regelverstoß gegen EU-Recht, und wann etwas legitim ist, gibt es einen widersprüchlichen Standpunkt: Einerseits will man den Kriegsführer erhalten, also sieht man über einiges hinweg, und andererseits besteht man auf der Einhaltung der Regeln der EU. Die Ukraine dagegen ist mittlerweile derart ausgestattet, dass sie umgekehrt ihre Wichtigkeit für Europa zum Argument macht.*

II. Das störende Selbstbewusstsein eines groß und mächtig gemachten europäischen Front- und Militärstaats (S. 41)

— *Gegen die so zügig vorangetriebenen EU-Integration der Ukraine gibt es seitens Polens Einspruch, weil Polen befürchtet, dass die ukrainische Landwirtschaftsindustrie die polnischen Märkte kaputt macht. Es gibt also auch Stimmen, die befürworten, die Ukraine nicht in die EU zu lassen.*

Das ist gerade einer der Punkte, weshalb man das beschleunigte Verfahren vorantreiben will. Für die Hauptunterstützer der Ukraine wird ein solcher Streit zum Argument, die Eingliederung möglichst zügig voranzutreiben, um solcherlei Vorbehalte einzelner Länder gar nicht erst aufkommen zu lassen. Denn in der Regel brauchen solche Streits Jahre, um beigelegt zu werden. Und Beschlüsse zum Beitritt der EU-Beitrittskandidaten müssen einstimmig gefasst werden, also müssen Zugeständnisse gemacht werden.

Mit ihrem Selbstbewusstsein als europäischer Frontstaat tritt die Ukraine gegenüber Polen und anderen Staaten mit angemeldeten Vorbehalten zunehmend als Militärmacht auf, die der EU eine unverzichtbare Dienstleistung erbringt, was sie zu Ansprüchen und Forderungen berechtigt.

— *Selenskyj hat kapiert, welche Rolle er im Kriegsbündnis und im imperialistischen Aufbruchsprogramm der EU spielt. Diese Karte spielt er immer wieder aus und stellt Forderungen nach mehr finanzieller Ausstattung, baldigem EU-Beitritt usw.*

Mehr noch, hier ist ja ein harter Gegensatz festgestellt, der zur Integration der Ukraine in die EU notwendig dazu gehört. Die Ukraine zum Frontstaat der EU zu machen bedeutet, sie dafür einer ständigen Kontrolle zu unterwerfen, wie sie dieser Rolle gerecht wird. Dazu im Gegensatz steht die ukrainische Nation, vertreten durch den Präsidenten Selenskyj, der sich der ihm zugeschriebenen Rolle überhaupt nicht einfach anbequemt. Seine Nation bringt er als unverzichtbare Militärmacht in Stellung; seinen Kriegseinsatz unterstreicht er als eine Dienstleistung an der Sicherheit Europas. Er besteht darauf, nicht nur Stellvertreter im Abnutzungskrieg gegen Russland zu sein, sondern sich mit seinen fünf Jahren Krieg einen Status erarbeitet zu haben, der ihn zu Forderungen berechtigt. Darin gibt ihm von der Leyen recht (vgl. S. 41), wenn sie ihm als „Netto-Anbieter von Sicherheit für Europa“ eine „neue Art der Zusammenarbeit“ zugesteht. Den Beitrag zum Aufwuchs Europas zur unbestritten bestimmenden Macht auf dem Kontinent, den die EU von der Ukraine will, übersetzt sich Selenskyj in Souveränitätsrechte und Ansprüche. Als souveräner Partner mit eigenen Interessen will er auf Augenhöhe Mitglied des Bündnisses werden und fordert Respekt vor der Größe seiner Nation. Damit weist er den Anspruch auf Kontrolle und Unterordnung seitens der EU ein Stück weit zurück und will honoriert haben, dass er in puncto Korruption und Rechtssystem die nötigen Aufgaben erledigt hat, weshalb ein konkretes Beitrittsdatum angemessen sei, usw. Seine Forderungen beschränken sich nicht auf Waffenlieferungen.

— *Dabei ist es so, dass die Interessen der Ukraine und der EU nicht eins zu eins zusammenpassen, sondern dass die Ukraine auch eigene Erfolge im Krieg einfahren will, es sogar gegensätzliche Kriegsziele geben kann. Das ist doch der Grund, weshalb die EU diese Kontrolle für notwendig hält.*

Das Kennzeichnende an den Korruptionsvorwürfen ist das nicht. Die finden nicht auf der Ebene statt, welche Maßnahmen die Koalition der Willigen bzw. Deutschland an der einen oder anderen Stelle der Kriegführung für notwendig halten und welche abweichenden Auffassungen bezüglich der einzuschlagenden *Strategie* von Seiten der ukrainischen Kriegsherren geltend gemacht werden. Sondern von den auswärtigen Unterstützern wird ein Standpunkt geltend gemacht, der sich von dem der Ukraine unterscheidet: Man gibt ihnen Geld und will im Griff behalten, wie das Geld dem EU-Interesse entsprechend verwendet wird. Deshalb muss man ihnen misstrauisch kontrollierend gegenübertreten: Vielleicht kommen sie dem europäischen Interesse aus privater Eigensucht oder aus anderen illegitimen Gründen nicht nach. Dieser Standpunkt ist grundsätzlicher als Differenzen an der einen oder anderen Sache. Der Verdachtsstandpunkt ist Ausdruck des Unterordnungsverhältnisses. Die Ukraine soll ja eingebaut in Europa im europäischen Interesse funktionieren. Aber gerade die Wichtigkeit, die die Ukraine sich für ihre Unterstützer erarbeitet hat – und die ihr auch anerkanntermaßen von Europa zugesprochen wird –, ist die Basis für ihr Selbstbewusstsein als eigenständiger Souverän, der in der Unterordnung nicht einfach aufgeht.

*

— *Wie ist der Trumpsche Diesel-Deal sowie die russische Reaktion darauf? Der Deal verweist auch auf die widersprüchlich erscheinenden Umgangsweisen Trumps mit den beiden Staaten. Das lohnt einer näheren Betrachtung.*

Weder steht Trump auf dem Standpunkt, Russland muss ganz klein gemacht werden, noch ist er ein Freund der Russen; aber der russische Vormarsch in der Ukraine soll gestoppt werden, der Krieg beendet werden. Am Ukraine-Krieg stört ihn *momentan*, dass der Weltenergiemarkt, den Trump mit seinen Kriegen durcheinandergebracht hat, auch noch auf die russischen Energielieferungen verzichten muss – quasi bloß, weil da ein europäischer Krieg tobt, steht dieses Öl nicht zur Verfügung. Das bewegt ihn zu dem Diesel-Deal mit Russland, wofür er *vorübergehend* einzelne Sanktionen aussetzt. Genauso wie er auch die militärischen Möglichkeiten der Ukraine vorübergehend eingeschränkt hat, sie inzwischen aber wieder unterstützt.

Beim nächsten **Jour fixe** am **16. November 2026** kann auf den letzten Punkt nochmal eingegangen werden. Thema ist die Besprechung des Artikels „**Grundeigentum und Finanzkapital in China“** (GS 3-26).